

TARIQ DANA

SOZIALE KÄMPFE UND DIE KRISE DER LINKEN PALÄSTINENSISCHEN PARTEIEN

Die mit dem Oslo-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) von 1993 einhergehenden strukturellen Veränderungen haben maßgeblich zu einer Destabilisierung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den besetzten palästinensischen Gebieten beigetragen. Das Ergebnis des komplexen Zusammenspiels von neoliberalen Reformen der Palästinensischen Autonomiebehörde, gestützt durch die internationalen Geldgeber, und israelischem Kolonialismus sind extreme Formen sozialer Ausgrenzung und ökonomischer Ungleichheit – und damit eine beispiellose Fragmentierung der palästinensischen Gesellschaft. Zugleich ist der vormals bedeutende Einfluss linker palästinensischer Parteien – die eine fortschrittliche Politik verfolgten und soziale Kämpfe als Teil des nationalen Befreiungskampfes verstanden – stark zurückgegangen. Aufgrund der anhaltenden Krise der palästinensischen Linken konnte die auf den Oslo-Prozess folgende repressive Dynamik sich ungehindert entfalten. Was noch schlimmer ist: Linke palästinensische Parteien sind bewusst oder unbewusst zu Geiseln, wenn nicht gar zu Stützen des Status quo geworden.

Seit dem Aufkommen moderner linker Parteien in Palästina galt der Kampf um soziale Gerechtigkeit als wesentlicher Bestandteil des nationalen Befreiungskampfes. Ihre Sichtweise auf die Verhältnisse war vom Marxismus geprägt, dem zufolge die Überwindung von Ausbeutung und die Erlangung sozialer Gerechtigkeit Voraussetzung für die nationale Befreiung ist. Dieses Selbstverständnis schlug sich in Parteiprogrammen und Strategieplanungen nieder und wurde auch in konkretes Handeln übersetzt. Dementsprechend waren linke palästinensische Parteien treibende Kräfte im damaligen globalen antikapitalistischen und antiimperialistischen Block, in dem die Auffassung vorherrschte, Israels koloniales Projekt stehe im Widerspruch zu gesellschaftlicher Emanzipation und Selbstbestimmung.

Im Rahmen ihrer Strategie, eine widerständige institutionelle Infrastruktur zu schaffen, gelang es den linken Parteien in den 1970er und 1980er Jahren, in den besetzten Gebieten ein komplexes Netzwerk aus Graswurzelbewegungen aufzubauen. An fast allen Orten kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen diesen Bewegungen, den Parteien und deren gesellschaftlicher Basis. Dieser Ansatz erwies sich als sehr effektiv. Er erlaubte es, eine eigenständige Vision von den Schwerpunkten des sozialen Kampfes zu entwickeln und damit auch von den geeigneten Mittel für den Widerstand gegen soziale und ökonomische Formen der Unterdrü-

ckung. Interessanterweise zielten die sozialen Kämpfe jener Zeit in zwei Richtungen: Erstens wandten sie sich gegen die sozioökonomischen Ungerechtigkeiten, die die israelische Besatzung mit sich brachte und forcierte. Zweitens versuchten sie, in der eigenen Gesellschaft einen progressiven Wandel voranzutreiben und reaktionäre und autoritäre Elemente – wie patriarchale und Clanstrukturen – zurückzudrängen.

Die Anstrengungen der linken Parteien im Vorfeld der Oslo-Abkommen trugen Früchte, wie sich insbesondere während der Ersten Intifada (1987–1992) zeigte. Sie setzten im Wesentlichen auf drei miteinander verbundene Strategien, um den Zusammenhalt der lokalen Gemeinschaften zu stärken und kollektive Selbstermächtigungsprozesse zu befördern: 1) Soziale Unterstützung erfolgte in einer politisierenden Form. Das heißt, anstatt die Menschen zu passiven Empfängern humanitärer Hilfe zu machen, adressierte man die Ursachen sozialer und ökonomischer Missstände. 2) Man schärfte das allgemeine Bewusstsein für politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte und Zusammenhänge. 3) Und schließlich wurde in die Mobilisierungsfähigkeit «von unten» investiert, mit dem Ziel, die Menschen in die Lage zu versetzen, ihren Unmut in konkrete kollektive Aktionen und Widerstand zu überführen.¹ Darüber hinaus war die Erste Intifada mit einer «Revolution der sozialen Beziehungen» verbunden, was in den emanzipatorischen Momenten des ge-

sellschaftlichen Wandels deutlich wurde. Dieser Aufstand war ebenso eine «innere Auflehnung der Kinder gegen ihre Väter, der Frauen gegen ihre Ehemänner, der Armen gegen die Reichen und der Geflüchteten gegen die besitzenden Klassen».² Zum Ausdruck kam diese von der Ersten Intifada ausgelöste «Revolution» in der graduellen Schwächung traditioneller patriarchaler Autoritäten. Vor allem marginalisierte Gruppen wie Frauen und junge Menschen waren nicht mehr länger bereit, diese unhinterfragt zu akzeptieren.³

WIE DIE SOZIALEN KÄMPFE NACH DEN OSLO-ABKOMMEN IN DIE KRISE GERIETEN

In der Zeit nach Abschluss der Oslo-Abkommen in den 1990er Jahren verloren die palästinensischen linken Parteien massiv an Einfluss und Handlungsfähigkeit. Es gelang ihnen immer weniger, sich zu den gesellschaftlichen Realitäten ins Verhältnis zu setzen und angemessen auf die soziale und wirtschaftliche Misere zu reagieren. Der Kampf um bessere soziale Bedingungen hat seitdem in Theorie und Praxis einen herben Rückschlag erlitten. Mit der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde, die sich einer neoliberalen Politik verschrieben hat und versucht, sich mit Israels kolonialer Praxis zu arrangieren, ist eine hochgradig repressive Situation entstanden. Steigende Erwerbslosigkeit, Armut, Prekarität, wirtschaftlicher Stillstand, soziale Exklusion und Lebensmittelknappheit sind zu wesentlichen Merkmalen der Post-Oslo-Ära geworden.⁴ Während der Oslo-Prozess für die Mehrheit der PalästinenserInnen eine politische Niederlage und eine deutliche Verschlechterung ihrer Lebensumstände bedeutete, profitieren kleine Teile der palästinensischen Elite vom Status quo. Sie haben das Projekt der Staatsbildung zum Zweck der persönlichen Bereicherung genutzt.⁵ Die Ausmaße der sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlichen Fragmentierung haben eine bis dato nie dagewesene Dimension erreicht. Sie gehen einher mit immer tiefer reichenden Klassenspaltungen und einer systematischen Ausbeutung der Arbeiterschaft in der palästinensischen Gesellschaft. Der Reaktion linker Parteien auf diese bedrückende Realität fehlt es an Substanz, sie fiel bislang eher rhetorisch aus.

Der dramatische Rückzug linker Parteien aus der Arena der sozialen Kämpfe muss im Zusammenhang mit der weltweiten Krise der Linken infolge der einschneidenden globalen, regionalen und lokalen Umbrüche Anfang der 1990er Jahre betrachtet werden. Während es einigen Bewegungen und Parteien in verschiedenen Teilen der Welt gelang, die zentrale Rolle linker Politik als Gegengewicht zum Neoliberalismus wiederzubeleben (wie etwa in Lateinamerika), hat die palästinensische Linke ihre langanhaltende und vielschichtige Krise bis heute nicht überwunden. Diese Krise geht auf mehrere Ursachen zurück.

Die strategische Krise: Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die dramatische Verschiebung der globalen Machtverhältnisse zugunsten des kapitalistischen Westens hatten verheerende Auswirkungen auf die Linke weltweit, inklusive der palästinensischen Linken. Da auch die revolutionären antiimperialistischen und antikolonialen Bewegungen weitgehend verschwunden oder zumindest erheblich geschwächt sind, fehlt es linken Parteien in Palästina heute an starken und entschlossenen Verbündeten.

Die ideologische Krise: Der Untergang der Sowjetunion und das Scheitern des sozialistischen Modells stürzten die linken palästinensischen Parteien, die sich an diesem Modell

orientiert hatten, darüber hinaus in eine ernsthafte ideologische Krise. Das politische Vakuum, das mit dem Bedeutungsverlust revolutionärer Ideen und sozialistischer Alternativen entstanden ist, kam konservativen Strömungen und dem politischen Islam zugute, die beide einen dramatischen Aufschwung in den letzten Jahren erlebt haben.

Nicht zu vergessen: Eine Folge der ideologischen Krise war der Abschied vom marxistischen Denken. Dabei ist vor allem die Klassenanalyse als zentrales Instrument zum besseren Verständnis von sozialen und ökonomischen Dynamiken verloren gegangen. Gerade sie aber hätte dabei helfen können, die Komplizenschaft der herrschenden Klassen in den palästinensischen Autonomiegebieten, die sich an der Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Ausbreitung kolonialer und neokolonialer Ideen beteiligen und dem Kampf um nationale Befreiung eine ganz eigene Wendung gegeben haben, zu thematisieren und anzugreifen. Das Fehlen eines solchen analytischen Werkzeugs in Kreisen der palästinensischen Linken erwies sich als besonders verheerend in einer Situation, in der der Ausbau des israelischen kolonialen Regimes mit der Durchsetzung neoliberaler Reformen vonseiten der Palästinensischen Autonomiebehörde zeitlich zusammenfiel. Damit verschlimmerten sich soziale Ungleichheit und Repressionen noch weiter, ohne dass dies auf kritische theoretische Auseinandersetzungen und nennenswerten praktischen Widerstand stieß.

Die politische Krise: Für die linken palästinensischen Parteien stellen der Oslo-Friedensprozess und die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde eine enorme politische Herausforderung dar. Dass sie hinsichtlich der Oslo-Abkommen unterschiedliche Haltungen einnehmen (manche lehnen sie grundsätzlich ab, andere haben sie akzeptiert), hat die Spaltung der Linken noch vertieft. Die Linke hat sich zunehmend als unfähig erwiesen, brauchbare theoretische oder praktische Alternativen zu den vom Oslo-Prozess geschaffenen politischen und institutionellen Verhältnissen zu entwickeln.

Während das interne Schisma in der palästinensischen Gemeinschaft desaströs für den Zusammenhalt und die Kampfkraft der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung war, hätten linke Parteien den erbitterten Konflikt zwischen Fatah und Hamas sowie die wachsende Enttäuschung der Menschen über eine derartige Polarisierung in der politischen Auseinandersetzung als historische Chance nutzen können, um sich als alternative Kraft mit fortschrittlichen politischen und ökonomischen Vorstellungen und Forderungen zu präsentieren. Die Linke hat diese Chance vertan. Ihr ist es nicht gelungen, von dieser festgefahrenen Situation zu profitieren und sich als ein einender Akteur zu profilieren, mit dem die Spaltung der PalästinenserInnen überwunden werden kann. Vielmehr hat sie angesichts der derzeitigen politischen Lage kapituliert.

NGOisierung: Die linken Parteien konnten sich in der Auseinandersetzung mit der Hegemonie der Fatah und der Palästinensischen Autonomiebehörde lange Zeit auf ihre lokalen Graswurzelorganisationen stützen. Die internationalen Geldgeber haben jedoch mit ihren Interventionen und Vorgaben einen Prozess der NGOisierung der vormals politisch äußerst aktiven Basisinitiativen eingeleitet und somit das gesamte organsatorische und institutionelle Terrain der Linken verschoben. Im Zuge der NGOisierung wandten sich die ehemaligen Graswurzelorganisationen immer mehr von ihrer ursprünglichen Basis ab und orientieren sich an der Agen-

da der Eliten; anstatt von der lokalen Bevölkerung formulierte Forderungen durchzusetzen, versuchen sie heute, den Erwartungen der Geldgeber gerecht zu werden; anstatt antikonkoloniales Wissen zu produzieren, verbreiten viele mit ihrer Arbeit inzwischen neokoloniale Werte; anstatt soziale Kämpfe wie in der Vergangenheit zu politisieren, sind sie selbst entpolitisiert worden.⁶ Am Ende fanden sich viele Linke, die angefangen hatten, im NGO-Sektor zu arbeiten, eher orientierungslos in einem Umfeld wieder, das ganz im Dienst des Oslo-Systems steht. Es fehlt an einer überzeugenden politischen Agenda, wie die Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten radikal zugunsten der Bevölkerung verändert werden kann. Im besten Fall verfolgen die NGOs eine liberale Agenda und setzen sich für einige nicht sehr weitreichende Reformen auf der Verwaltungsebene ein. Mit einer umfassenden gesellschaftlichen Vision, wie sie einst von der palästinensischen Linken vertreten wurde und in deren Zentrum soziale Gerechtigkeit und die Überwindung von Ungleichheiten stehen, sind sie meilenweit entfernt.

Finanzielle Krise: Der Bedeutungs- und Handlungsverlust linker Parteien in den Jahren nach Abschluss der Oslo-Abkommen ist auch auf ihre starke finanzielle Abhängigkeit von Zuwendungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zurückzuführen. Diese Gelder werden vollständig von der Fatah und dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrolliert und häufig dazu genutzt, um (linke) Mitgliedsorganisationen der PLO unter Druck zu setzen und sie dazu zu drängen, ihre Oppositionshaltung gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde aufzugeben. Das hat sich für die linken Parteien als hochgradig problematisch herausgestellt, da damit ihre politische Unabhängigkeit geschwächt wird und sie daran gehindert werden, Einfluss auf die wirtschaftlichen Reformen und sozialen Maßnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde zu nehmen. Die finanzielle Krise linker Parteien wird noch durch weitere Faktoren verschärft: Es fehlt ihnen an einem vernünftigen Finanzplan, das politische Engagement von Freiwilligen ist genauso zurückgegangen wie das Spendenaufkommen. Da linke Parteien auch über keinen eigenen großen TV-Kanal verfügen, fehlen ihnen die entsprechenden Einnahmen, was ihre finanzielle Krise wiederum verschärft.⁷

DIE SOZIALEN KÄMPFE GEHEN WEITER

Soziale Kämpfe sind aber – trotz der anhaltenden Krise der palästinensischen Linken und der Unfähigkeit linker Parteien, wirksam Widerstand zu organisieren – weiterhin Teil des Alltagslebens in Palästina. Mehrfach kam es in den letzten Jahren zu großer Unzufriedenheit und zu Mobilisierungen gegen die Wirtschaftspolitik der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im September 2012 brachen im gesamten Westjordanland Proteste gegen die zu steigenden Lebenshaltungskosten führende Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Salam Fayyad aus. Diese Protestbewegung führte später zum Rücktritt des Ministerpräsidenten.⁸ Im Februar 2016 organisierten LehrerInnen eine beispiellose Reihe von Protesten und Streiks. Sie forderten bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Die Proteste der LehrerInnen sind besonders interessant, da sie ohne die Unterstützung der zuständigen Gewerkschaft stattfanden, woraufhin die Palästinensische Autonomiebehörde versuchte, diesen Ar-

beitskampf mit repressiven Maßnahmen wie willkürlichen Verhaftungen, öffentlichen Drohungen und Diffamierungen sowie Protestverboten zu kriminalisieren und die ProtagonistInnen einzuschüchtern.⁹ Diese Ereignisse deuten darauf hin, dass bestimmte Formen von sozialen Kämpfen nicht länger auf die Planung und Unterstützung von Parteien und Gewerkschaften angewiesen sind und dass mit dem Einsatz von informellen Netzwerken und spontanen Mobilisierungen mithilfe von sozialen Medien und anderen Plattformen die Zersplitterung der palästinensischen Gesellschaft zumindest temporär überwunden werden kann und auch relative Erfolge erzielt werden können. Nichtsdestotrotz benötigen soziale Kämpfe in einem solchen schwierigen Umfeld wie den besetzten palästinensischen Gebieten, in dem soziale Ungerechtigkeiten und ökonomische Ungleichheiten quasi institutionalisiert sind, auf Dauer organisierte Formen des Widerstands. Erforderlich sind Strategien, Organisation, Mobilisierung, Führung, Planung und Infrastruktur – und all dies kann im größeren Umfang nur durch organisierte Strukturen wie politische Parteien und Gewerkschaften erreicht werden.

Soziale Kämpfe standen schon immer im Zentrum linker Ideologie, unabhängig von ihrer konkreten Ausrichtung. Deswegen droht die palästinensische Linke eines ihrer spezifischen Wesensmerkmale zu verlieren, wenn es ihr nicht gelingt, sich auf ihre ideologischen Wurzeln zurückzubedenken und sich als emanzipatorische und widerständige Kraft aufseiten der Marginalisierten und Unterdrückten neu zu erfinden. Die linken Parteien in Palästina werden erst dann wieder einen politischen Aufschwung erleben, wenn sie den sozialen Kampf wiederentdecken und neu zu schätzen lernen als grundlegende Voraussetzung für politische Befreiung und Selbstbestimmung.

Übersetzung aus dem Englischen von Sarah Stötzner

Tariq Dana forscht und lehrt am Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies an der Universität Bir Zeit im Westjordanland. Einer seiner Schwerpunkte ist globale politische Ökonomie. Er ist außerdem als Politikberater für das Palestinian Policy Network (Al-Shabaka) tätig.

¹ Dana, Tariq: The Structural Transformation of Palestinian Civil Society: Key Paradigm Shifts, in: Middle East Critique 2/2015, S. 191–210. ² Vgl. Hiltermann, Joost: Behind the Intifada: Labor and Women's Movements in the Occupied Territories, Princeton 1991. Vgl. auch Giacaman, Rita/Johnson, Penny: Building Barricades and Breaking Barriers: Palestinian Women in the Uprising, in: Lockman, Zachary/Beinin, Joel (Hrsg.): Intifada: The Palestinian Uprising Against Israeli Occupation, Boston 1989, S. 115–117. ³ Jean-Klein, Iris: Into Committees, out of the House? Familiar Forms in the Organization of Palestinian Committee Activism during the First Intifada, in: American Ethnologist 4/2003, S. 556–577. ⁴ Nakhleh, Khalil: Oslo: Replacing Liberation with Economic Neo-Colonialism, in: Al-Shabaka. The Palestinian Policy Network, 10.4.2014, unter: <https://al-shabaka.org/commentaries/oslo-replacing-liberation-with-economic-neo-colonialism/>. Hilal, Jamil: Rethinking Palestine: settler-colonialism, neo-liberalism and individualism in the West Bank and Gaza Strip, in: Contemporary Arab Affairs 3/2015, S. 351–362. ⁵ Dana, Tariq: The Palestinian Capitalists That Have Gone Too Far, in: Al-Shabaka. The Palestinian Policy Network, 14.1.2014, unter: <https://al-shabaka.org/briefs/palestinian-capitalists-have-gone-too-far/>. Vgl. auch Hammami, Rema: NGOs: The professionalisation of politics, in: Race & Class 2/2015, S. 51–63. ⁶ Vgl. Dana: Structural Transformation. ⁷ Hilal, Jamil: The Palestinian Left and the Multi-layered Challenges Ahead, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Regionalbüro Ramallah, 2010, unter: www.palestine-studies.org/institute/fellows/palestinianleft-and-multi-layered-challenges-ahead. ⁸ Vgl. Palestinian PM «willing to resign» after protests, in: BBC News, 7.9.2012, unter: www.bbc.com/news/world-middle-east-19515869. ⁹ Deger, Allison: PA continues crackdown on West Bank teachers strike as anger with anti-democratic Palestinian leadership spreads, 20.3.2016, unter: <http://mondoweiss.net/2016/03/pa-continues-crackdown-on-west-bank-teachers-strike-as-anger-with-anti-democratic-palestinian-leadership-spreads>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 19/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V.i.S.d.P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juli 2016

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling